

Zeitschrift:	Kultur und Politik : Zeitschrift für ökologische, soziale und wirtschaftliche Zusammenhänge
Herausgeber:	Bioforum Schweiz
Band:	50 (1995)
Heft:	3
Artikel:	Wie weiter nach dem 12. März?
Autor:	Moser, Peter
DOI:	https://doi.org/10.5169/seals-891989

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 28.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Wie weiter nach dem 12. März?

Ab Mitte der 80er Jahre wurden alle den Stimmberchtigten vor-gelegten Agrarvorlagen abge-lehnt. Die in den Abstimmungskämpfen um den Zucker- und Rebbaubeschluss sowie die Kleinbauerninitiative geäusserte Fundamentalkritik an der Land-wirtschaft bewirkte, dass die Orga-nisationen der Bio-Bauern mit ihrer in der Nachkriegszeit ent-wickelten Kritik an der offiziellen Agrarpolitik jeweils sehr zurückhaltend waren und sich weitgehend aus den Abstimmungskämpfen herauhielten. Das hatte sich im Vorfeld der Abstimmung vom 12. März geändert. Nicht zuletzt dank ihrem Engagement für ein 3fa-ches Nein wurden die Vorlagen abgelehnt, und die Bio-Bauern und -Bäuerinnen sowie ihre Orga-nisationen gehören jetzt auch zu den agrarpolitischen Siegern. In einer Demokratie – so lautet zumindest die Definition – be-stimmt die Mehrheit. Das ist in der Agrarpolitik nicht grund-sätzlich anders und die Behörden werden wohl nicht darum herum kommen, die im Abstimmungskampf von den Gegner/innen konkret erwähnten Anliegen wie die Deklarationspflicht in nächster Zeit im Grundsatz auch zu verankern. Schon weni-ger klar scheint hingegen, ob das auch für die grundlegenden Anliegen des Bio-Landbaus gelten wird.

Es sind vor allem zwei Punkte, die in dieser Hinsicht skeptisch stimmen: Erstens die Beobach-tung, dass für einen grossen Teil der Nein-Sager vom 12. März für ihre Ablehnung ganz offensichtlich nicht die Parole «mehr Öko-logie» ausschlaggebend war; und zweitens die historische Erfah-rung, dass der Staat und die Politik, die die Ökologisierung der

Landwirtschaft nun organisieren und finanzieren sollten, diese Aufgabe in einer sonst fast in allen Bereichen nach zutiefst un-ökologischen Grundsätzen funk-tionierenden Gesellschaft gar nicht erfüllen können.

Siege in einer Volksabstimmung sind nur möglich, weil unter-schiedliche Motive sich gegensei-tig verstärken. Das war auch am 12. März so. Die Organisationen der Bio-Bauern haben ihre Nein-Parole hauptsächlich damit be-gründet, dass die vorgeschla-genen Massnahmen biologisch wirtschaftende Bauern und Bäuerinnen benachteiligen wür-ten. Diese Ansicht teilte auch die Sozialdemokratische Partei, die den Nein-Stimmenden aber gleichzeitig versprach, bei einer Verwerfung würden die Nah-rungsmittelpreise um weitere 40 % sinken. Und die für die Vermarktung von Bio-Produkten wichtigste Handelskette er-klärte vor und nach dem 12. März kategorisch, der Preis für biologisch produzierte Nah-rungsmittel dürfe im Laden nicht mehr als 10-15 % höher als derjenige konventionell herge-stellter Produkte liegen. Dafür setzen sich sowohl Coop als auch die SP schon seit längerer Zeit dafür ein, dass die von ihnen verlangten Preisredukti-onen mit Direktzahlungen aus der Bundeskasse für ökologisch wirtschaftende Produzenten aus-geglichen würden. Die Vertreter dieser Organisationen ha-ben sich im Parlament dement-sprechend für den Art. 31b des Landwirtschaftsgesetzes ein-gesetzt.

Dieses Engagement soll keines-wegs in Frage gestellt werden. Das Problem ist vielmehr, ob dieser Weg einer Forcierung der oh-nehin schon stattfindenden

Preissenkung für Nahrungsmit-tel zuletzt nicht gerade auf die Bio-Bauern und -Bäuerinnen zurückfallen wird, obwohl die Direktzahlungen für die Erbrin-gung ökologischer Leistungen voraussichtlich noch steigen wer-den? Wer sich aktiv dafür ein-setzt, dass die Kosten einer öko-logischen Nahrungsmittelpro-duk-tion nicht von den Konsu-menten, sondern vom Staat ge-tragen werden, täte gut daran, sich einmal in Erinnerung zu ru-fen, weshalb die ersten Bio-Bauern sich von der offiziellen Agrarpolitik zu emanzipieren begannen. Es waren nicht nur ökologische Überlegungen, die die Bauernheimatbewegung zu diesem Schritt veranlassten, son-dern vor allem die Einsicht, dass die offizielle Agrarpolitik mit ih-rer Subventionspraxis die Ver-drängung der Bauern weder auf-halten konnte noch wollte. Eine Gesellschaft, deren materieller Erfolg weitgehend auf der Tatsa-che beruht, dass die natürlichen Kreisläufe – die der biologische Landbau respektiert – in allen Bereichen durchbrochen werden, wird sich auf die Dauer so wenig für eine umfassende Öko-logisierung in der Landwirt-schaft einsetzen wie sich die wachsende Industriegesellschaft des 19./20. Jahrhunderts für eine vorindustrielle Bauernschaft engagierte.

Es wird argumentiert, dass eine ökologisch funktionierende Landwirtschaft sich durchsetzen werde, weil sie letztlich die Ge-sellschaft weniger kosten würde als die nach konventionellen Kri-terien funktionierende Nah-rungsmittelproduktion. Das ist – zumindest theoretisch – zwar richtig. Aber in der Praxis tragen diejenigen, die sich so vehement für tiefe Preise und hohe Direkt-

zahlungen im Agrarbereich ein-setzen, selber nicht unwe-sentlich dazu bei, dass die Kenntnisse über die tatsächlich anfallenden Kosten noch mehr verschleiert werden. Wer sich für hohe Di-rektzahlungen stark macht, tut dies vordergründig zwar ent-weder aus Sorge um die bäuerlichen Einkommen oder aus Mitleid mit den Konsumenten. In Tat und Wahrheit aber hilft er vor-allem vermeiden, dass die Frage nach dem Sinn der jeweiligen Produktion gestellt wird. Das ist bei den Nahrungsmitteln nicht anders als bei der Energie, deren Preis in den 50er Jahren von der allgemeinen Teuerung abgekop-pelt wurde. (Bei den Nahrungs-mitteln ist nur der hohe Verar-bitunggrad dafür verantwortlich, dass die Preise etwas mehr gestiegen sind als diejenigen für die Energie.)

Es ist politisch jetzt opportun, sich für hohe Direktzahlungen einzusetzen; aber wer sich heute, wo die Kartoffeln billiger sind als Cheminéeholz und die Eier kaum mehr kosten als vor einem halben Jahrundert, für Preissen-kungen bei den Nahrungsmitteln engagiert, verhält sich nicht nur opportunistisch, sondern bindet ausgerechnet die Bio-Bauern und -Bäuerinnen immer mehr an den Bundestrog. Wenn jemand aus eigener Erfahrung weiss, dass das ein Holzweg ist, so sind es die im Biolandbau Tätigen, die sich vor bald 50 Jahren von diesem Bundestrog zu lösen be-gannen, weil sie zu realisieren begannen, dass sie die Werte-Frage zusammen mit den Konsu-menten und Konsumentinnen lösen müssen und nicht auf den Staat warten können. Und der Gegenstand, der letztlich den Wert einer Ware definiert, ist in unserer Gesellschaft immer noch der Preis. Die im Windschatten der Preise für konventionelle Nahrungsmittel sinkenden Prei-se für Bioprodukte sind deshalb weniger ein Segen als vielmehr ein Alarmzeichen, dass etwas schief läuft.

Peter Moser